

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Läden erhältlich

Der 14. Juni
Solidaritätstag der IAW
ROO Kongress in Dresden
Massen-Demonstration
15 Uhr, Holbeinplatz
nach dem Keglerheim

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale
Verbreitungsgebiet Ostschlesien / Beilagen: Der rote Stern / Rund
Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jung

7. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 11. Juni 1931 Nummer 110

KPD verhindert Reichstageseinberufung!

Einführung eines Direktoriums geplant

Berlin, 11. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

In der gestrigen Sitzung des Präsidiums des Reichstages stimmten die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei geschlossen dem Antrag der Kommunisten auf Einberufung des Reichstages für nächsten Dienstag zu. Eine erneute Sitzung des Präsidiums wurde abgelehnt. Diese Verhinderung der Stellungnahme des Reichstages zu den ungeheuerlichen Maßnahmen der Diktaturverordnung stellt eine direkte Unterstützung für das Brüning-Kabinett zur weiteren Fortsetzung eines Hungerkrieges dar. Gleichzeitig veröffentlicht das Arbeiterblatt „Der Deutsche“ eine internationale Meldung, die heute durch das Berliner Tageblatt bestätigt wird. Danach plant die Schwerindustrie die Einführung eines Direktoriums an Stelle der Reichsregierung bzw. die Bildung eines „Generalrats der Wirtschaftsführer“ als Nebenregierung, an deren Spitze der neue finanzpolitische Vertrauensmann der Nazis, Dr. Schmidt, und Schatzminister vom Schlage Krupp stehen soll. Dies bedeutet nichts anderes als die Proklamierung der offenen unverhüllten Diktatur!

Die Meldung über die Verhinderung der Reichstageseinberufung durch die sozialdemokratischen Führer und die Rührung der kapitalistischen Schatzmeister zur Proklamierung der offenen Diktatur sind ein gekündetes Alarmzeichen für das gesamte arbeitende Volk. Nichts konnte besser den Verrat und die Verhöhnung der sozialdemokratischen Führer gegenüber den Massen ihrer Anhänger zeigen als diese Stellungnahme, die eine offene Schrittmacherrolle für die schändliche Diktatur bedeutet. Daß die SPD-Führer sich bei der Durchsetzung dieses Kurzes einig sind, beweist deutlich die ungeheuerlich freche Beteiligung der sozialdemokratischen Volkspartei, die als angeblich „linke“ Organ getarnt offen gegen die Einberufung des Reichstages Stellung nimmt. In ihrer Spitze erhebt das Präsidium der SPD-Führer, die Kommunisten wollten die Reichstageseinberufung erzwingen, weil sie das Chaos wollten, und weil sie die Aufhebung der Notverordnung in Reich und Provinz fordern.

Die sozialdemokratischen Journalisten wagen es, folgendes würdlich zu schreiben:

„Was kümmert sie die Finanzlage des Reiches, was die 4,5 Millionen Arbeitslose? Ihre Sorge ist nicht, wie die Situation unseres Volkes gebessert, sondern wie sie verschlimmert werden kann.“

Für die SPD-Führer ist also die Stellungnahme des Reichstages zur Brüning-Diktaturverordnung — Chaos. Recht erfüllen sich diese Wählerdemokraten als offene Faschisten, die jede öffentliche Erörterung der Maßnahmen der Kapitalverregungen als „Chaos“ bezeichnen, demgegenüber sie die schrankenlose Diktatur der kapitalistischen Machthaber als „Ordnung“ betrachten. Die SPD-Führer sind damit offen in die Front der schändlichen Diktatur getreten, als deren Schrittmacher sie sich längst erwiesen haben. Schamlos ist jedoch der Versuch zu nennen, der Hungerdiktaturverordnung Brüning das Mäntelchen der „Sorge um die 4,5 Millionen Arbeitslosen“ anzuhängen! Ist es nicht gerade die neue Hungerverordnung, die den Erwerbslosen den Hungerstreik um den Hals legt? Ist es nicht das Brüning-Diktat, das die Vermittler der Armeen zur Verzweiflung treibt? Ist es nicht der durch die neue Notverordnung organisierte Raub der Unterhaltungen, der Renten, der Beamtengehälter, der Angestelltengehälter und die neue Massenbelastung durch die Kriegsteuer, die die werktätigen Massen in juchendes Elend stürzen? Und was mag die Dresdner Volkspartei den sozialdemokratischen Arbeitern als „Sorge um die 4,5 Millionen Arbeitslosen“ anzuhängen! Ihre verlorenen Wahlen über einen „Kampf zur Abänderung des Brüning-Diktats“ sind mit dieser offenen Abwägung des KPD-Vorhabens rechtlos entlarvt.

Ein Sturm der Empörung geht durch das werktätige Volk. Der Hungerstreik der Massen geht in den Straßen der deutschen Großstädte, erhebt sich in den Dörfern, wächst die Massenbewegung gegen das Brüning-Diktat, Barrikaden werden gegen die Volkspolizei errichtet. Da treten die sozialdemokratischen Führer unverhüllt als Verteidiger dieses Regimes, des Hungers und der Massenverelendung auf, während auf der anderen Seite die Verbotsaktionen der Nazis den organisierten Widerstand gegen die revolutionären Arbeiter verschärfen. SPD-Führer und Nazis treten als Schrittmacher der angehenden Diktatur-Regierung der Industriellen auf, um das rebellierende Volk niederzuhalten. Und doch haben sie verspielt, die Lafalen und die Herren! Die täglich wachsende Zahl der Hebertritte jahrzehntelang mit der Sozialdemokratie verbundener Proletarier zur KPD, der Abbruch der christlichen und besten Elemente aus dem Lager Hitlers zur roten Klassenfront — das sind die Stammzellen der Volkspartei gegen die schändliche Kapitaldiktatur und deren Lafalen.

Schon laufen die ersten Kampfbeschlüsse schändlicher Metallarbeiter ein. Schon demonstrieren die Erwerbslosen überall

Wieder ein KPD-Wahlzug

In Groß-Zimmern (Hessen) fanden am 7. Juni die Bezirksauswahlwahlen statt. Die KPD erhielt 1215 Stimmen (gegenüber 941 bei der Reichstagswahl), die SPD 439 (392), Zentrum 384 (470), Renegatengruppe der Galm-Beute 122 Stimmen. Die KPD hat die absolute Mehrheit der Stimmen erreicht. Bemerkenswert ist der starke Verlust des Brüning-Zentrums. Der SPD-Zuwachs erklärt sich daraus, daß bürgerliche Parteien, die zur Reichstagswahl kandidiert hatten, jetzt keinen Kandidaten aufstellen wollten, sondern ihre Stimmen der SPD gaben.

durch die Straßen. Der kommende Sonntag, der 14. Juni, wird die Arbeitenden vereinen in den gewaltigen Kundgebungen des Internationalen Solidaritätstages, während die KPD auf ihrem Landeskongress in Dresden den strategischen Kampfplan der roten Sozialoffensive aufstellen wird. Das sind die Antworten des arbeitenden Volkes an die Brüning-Diktatur. Unter dem Banner der Volkspartei sammelt sich das werktätige Deutschland zum Kampf gegen das menschenverderbende kapitalistische Diktatorregime und dieses werktätige Deutschland wird gegen unter Führung der KPD über Brüning, Weis und Hitler!

In zahlreichen Städten des Niederrheins marschieren gehen die Erwerbslosen in massiven Kundgebungen gegen die Hungerunterordnung auf. In Grevenbach erzwang sich eine Delegation der Erwerbslosen Zutritt zu der Kreisversammlung und forderte sofortige Maßnahmen gegen die Hungerunterordnung und sofortigen Abbruch von der Hungerunterstützung.

Gewaltige Kundgebung im Ausstellungspalast Dresden! (Bericht im Inneren des Blattes)

Verhaftete Streikende in Meißen befreit

Die Metallarbeiter von Michalt, Freital, beschließen den Streik

Meißen, den 7. Juni 1931

Der Hungerstreik in Meißen hat sich bereits außerordentlich ausgebreitet. Große Massen Meißner Arbeiter sammelten sich gestern auf dem Neumarkt und nahmen gegen die Streikbrecher Stellung, die verprügelt wurden. Polizei wurde eingesetzt und wollte Verhaftungen vornehmen. Die Streikposten entrißen der Polizei einen verhafteten Arbeiter.

Das ganze werktätige Meißen ist größte Solidarität mit den Streikenden. Besonders zahlreich sind die Frauen bei den Massenstreikposten vertreten. Eine gemeinsame Verammlung der Erwerbslosen und Streikenden appellierte in einer Entschlossenheit an die werktätige Öffentlichkeit: alle Kräfte für die Solidarität bis zum Sieg der Streikenden zu organisieren. Der Einfluß der KPD wächst schnell an. Sozialdemokratische Arbeiter erklären: Wenn

die KPD nicht wäre, dann würde dieser glänzende Streik und der erfolgreiche Massenstreik nicht möglich sein.

Die Stimmung ist vorzüglich. Aber die Meißner Arbeiter können schon jetzt erkennen, daß sie von den Reformisten bei den Lohnverhandlungen verkauft wurden, daß sie deshalb bei unter Führung der KPD gegen Lohnraub und Terror stregen können.

Freital, 11. Juni.

Gestern nahm die Belegschaft des Metallbetriebes Michalt in Freital Stellung zu dem Lohnraubbedruck. Der Bericht von der Generalversammlung läßt große Empörung über die Haltung der reformistischen DAW-Bonzen aus. Nach dem Ausrufen eines KPD-Vertreters wurde gegen 3 Stimmhaltungen beschlossen, mit dem Streik auf jeden Lohnraub unter Führung der KPD zu antworten. Zu dem roten Einheitskongress am 13. und 14. Juni wurde ein Delegierter gewählt.

Barrikaden in Hamburg und Mannheim

Hamburg, 11. Juni. (Eig. Drahtmeldung.)

Im Verlauf des gestrigen Tages kam es hier zur Errichtung von Barrikaden und Erklärung gegen Abend die größte Ereignis. Die am Tage in den Straßen stationierte Polizei wurde vertrieben und regelte die gesamten Zugangskorridore zum Gängeviertel ab. In der Schloßstraße bildeten sich Sprechhöfen von Kindern, die riefen: „Was haben unsere Eltern? Hunger! Gebt ihnen Arbeit, wir hungern!“ In einzelnen Straßen nahm die Polizei Säuberungsaktionen vor. Um 22.30 Uhr errichteten Arbeiter im Radwegergang Barrikaden von Arbeitermännern, um der Polizei den Weg in die innere Stadt zu verstopfen.

Tolende Hungerstreik erließen aus allen Straßen der Innenstadt. Gegen 21 Uhr erließ im Radwegergang eine zweite Arbeiterbarrikade. In der Weisstraße und anderen Straßen erließ das Licht. Gaslaternen wurden von der Bevölkerung ausgelöscht. Auf der Stempelstraße Kohlberg errichten gelben wieder ein starkes Polizeikommando, das den Hof und die Eingänge besetzt hielt. Die Erwerbslosen sangen zum Protest revolutionäre Lieder im Hof. Redner sprachen aus mehreren Fen-

stern zu den Massen. Unter dem Druck der Erwerbslosen mußte die Polizei den Hof verlassen. Sie bemühte sich, durch Stachelbrant den gesamten Kohlberg abzusperrten, um dadurch weitere Anklammern unmöglich zu machen. Vom Kohlberg zogen die Erwerbslosen nach Kurstadt. Dort wurde eine Lebensmittelzentrale von den Erwerbslosen gestiftet. Die Erwerbslosen holten sich aus den Geschäften Butter, Käse, Brot usw. und vertriehen es meist sofort auf der Straße.

Mannheim, 11. Juni 1931

Die Telegraphen-Union meldet: Im Anschluß an eine kommunistische Protestversammlung gegen die neue Notverordnung kam es am Mittwoch auf verschiedenen Straßen und Plätzen der Innenstadt zu schweren Ausschreitungen. Die Polizei machte wiederholt von dem Wasserhaken Gebrauch und nahm mehrere Verletzte mit. In der westlichen inneren Stadt wurden auf verschiedenen Straßen Barrikaden errichtet. Sämtliche Laternen in diesen Straßen wurden umgeworfen, so daß gegen 22 Uhr diese Straßenzüge völlig im Dunkel lagen. Der Verkehr auf diesen Straßen wurde lahmgelegt.